

Erläuterungen

Die Nutzung sozialer Netzwerke im Internet durch Kinder und Jugendliche hat im Laufe der letzten Monate sehr stark zugenommen. Besonders beliebt ist der Internetdienst Facebook. Hier ist es zuletzt immer wieder zu Diskussionen über den Datenschutz gekommen.

Die Einstellungen für Datenschutz bei sozialen Netzwerken sind oft sehr kompliziert, und viele Mitglieder wissen gar nicht, welche Daten sie dem Netzbetreiber offenlegen. Das kann – gerade bei Jugendlichen – sehr große Auswirkungen haben. Durch die Aufforderung, möglichst viel von sich bekannt zu geben, wird eine Sorglosigkeit im Umgang mit persönlichen Daten und Daten von Freundinnen und Freunden gefördert.

Kinder und Jugendliche sind sich oft auch nicht bewusst, dass diese Daten gesammelt werden, damit Betreiber auch ein möglichst genaues Bild (Profil) von ihnen erhalten. Sie können nicht nur für Werbung genutzt werden, sondern geben auch Auskunft über – vermeintliche – Vorlieben oder politische Einstellungen. Der sorglose Umgang mit persönlichen Daten kann auch Stalking oder Mobbing fördern, wie das vielfach schon geschehen ist. Vor allem aber kann die unbedachte – und oft gar nicht ernstgemeinte – Veröffentlichung von Informationen, Meinungen und Bildern große Auswirkungen für die persönliche und berufliche Zukunft haben, da mögliche ArbeitgeberInnen gezielt nach Informationen über BewerberInnen im Internet suchen.

Die Bundesregierung legt daher einen Entwurf für eine neue Bestimmung im Datenschutzgesetz vor. Damit soll bestimmt werden, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren nur mit Zustimmung ihrer Eltern bzw. Erziehungsberechtigten Mitglied in einem sozialen Netzwerk werden können.

Es ist derzeit zwar üblich, dass bei Beitrittserklärungen zu sozialen Netzwerken Altersangaben gemacht werden, diese werden aber nicht überprüft. Die Bundesregierung ist sich bewusst, dass 16 eine sehr hohe Grenze ist. Angesichts der Tatsache, dass sich viele Jugendliche in diesem Alter um eine Lehrstelle oder Praktika bewerben, vertritt die Bundesregierung aber die Auffassung, dass diese Grenze klug gewählt ist. Jugendlichen und ihren Eltern soll dadurch bewusst gemacht werden, dass solche Netzwerke große Auswirkungen für die persönliche Zukunft haben können.

Ebenso werden mit diesem Gesetzentwurf den Betreibern sozialer Netzwerke große Pflichten auferlegt. Sie können sich nicht mehr darauf berufen, dass sie von einem anderen Land, z. B. den USA, aus tätig sind.